



Stadt Ulm, Oberbürgermeister, 89070 Ulm

CDU/UfA-Fraktion
Rathaus
Marktplatz 1
89073 Ulm

12.02.2026

**Festschreibung der ÖPNV-Fahrkartenpreise
- Ihr Antrag Nr. 14 vom 28.01.2026**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihren Antrag, mit welchem Sie die Festschreibung der ÖPNV-Fahrkartenpreise für einen Zeitraum von zwei Jahren fordern.

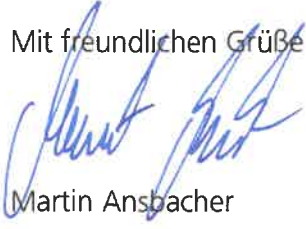
Entscheidungen zu Anpassungen des DING-Verbundtarifs werden gemäß Gesellschaftsvertrag jährlich durch die DING-Verbundgesellschaft getroffen. Grundlage hierfür ist ein festes, für alle Beteiligten verbindliches Rechenschema, das die zurückliegende Kosten- und Ertragsentwicklung sowie eine Kostenprognose (u.a. Entwicklung der Gesamteinnahmen, den BW-Index und Prognosen der Deutschen Bundesbank) berücksichtigt. Damit soll sichergestellt werden, dass die wirtschaftliche Stabilität der Verkehrsunternehmen gewahrt bleibt. Die Verkehrsunternehmen sind über den Unternehmensbeirat vertragsgemäß in diesen Prozess eingebunden.

Der DING-Aufsichtsrat – bestehend aus Vertretern der sechs Gesellschafter – hat die Möglichkeit, mit einer 2/3-Mehrheit von dem von der Verbundgesellschaft vorgeschlagenen Anpassungssatz abzuweichen. In diesem Fall besteht jedoch die Verpflichtung, die Auswirkungen einer geringeren oder ausbleibenden Anpassung gegenüber den Verkehrsunternehmen vollständig auszugleichen.

Die Stadt Ulm kann somit nicht alleinig darüber entscheiden, eine Tarifierung im DING auszusetzen. Zudem wird der Preis des Deutschlandtickets von den Verkehrsministerinnen und Verkehrsministern der Bundesländer festgelegt. Insofern besteht seitens der Stadt keine Möglichkeit, diese Preisänderungen zu ignorieren, sondern über etwaige Vergünstigungen etwa für Sozialtickets Nachlässe anzubieten - so geschehen mit Beschluss zum Ausgabepreis für das Deutschlandticket Sozial (UL/BC) ab 01.01.2026 (s. GD 409/25).

Vor dem Hintergrund der derzeit diskutierten Einsparungen im ÖPNV ist die Aussetzung von wirtschaftlich erforderlichen Tarifierhöhungen kontraproduktiv, da diese das Defizit im Stadtverkehr der SWU nochmals deutlich erhöhen und eine unmittelbare Finanzierung durch den städtischen Haushalt erforderlich machen würden.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Ansbacher
Oberbürgermeister